

3534/AB
Bundesministerium vom 23.01.2026 zu 4026/J (XXVIII. GP)
Finanzen bmf.gv.at

Dr. Markus Marterbauer
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.970.701

Wien, 23. Jänner 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4026/J vom 25. November 2025 der Abgeordneten Lisa Schuch-Gubik, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1 bis 3, 6 und 11

1. Existiert in Ihrem Ressort eine zentrale Koordinationsstelle oder Ansprechperson für LGBTIQ-Angelegenheiten im öffentlichen Dienst?

a. Welche jährlichen Kosten sind in diesem Zusammenhang seit Einrichtung entstanden?

2. Welche internen Leitfäden wurden in Ihrem Ressort im Hinblick auf die Unterstützung und den Schutz von trans- und intergeschlechtlichen Bediensteten während einer Transition erstellt?

3. Welche internen Arbeitsgruppen zu LGBTIQ-Themen existieren in Ihrem Ressort?

6. Welche Richtlinien gelten in Ihrem Ressort für die Unterstützung und Finanzierung von LGBTIQ-Netzwerken im öffentlichen Dienst?

a. Welche LGBTIQ-Netzwerke im öffentlichen Dienst wurden in den Jahren 2020-2025 unterstützt bzw. finanziert?

b. Wie hoch waren die jährlichen Gesamtkosten für die Unterstützung von LGBTIQ-Netzwerken im öffentlichen Dienst?

c. Nach welchen Kriterien wird über Fortführung, Ausweitung oder Beendigung bestehender Maßnahmen entschieden?

11. Welche Wirkungen auf die Arbeitskultur und die Zufriedenheit von LGBTIQ Beschäftigten wurden beobachtet oder erhoben?

Die Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen hat sich gemäß § 26 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GIBG) mit sämtlichen das Ressort betreffenden Fragen der Gleichbehandlung aufgrund des Geschlechts, der Frauenförderung sowie der Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung zu befassen. Unter Geschlecht werden dabei gemäß § 2 Abs. 6 B-GIBG Geschlechtsmerkmale, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechterrolle verstanden. Das B-GIBG schützt daher Personen jeden Geschlechts und jeder Geschlechtsidentität vor Diskriminierung.

In diesem Zusammenhang sind die der Arbeitsgruppe angehörenden Gleichbehandlungsbeauftragten sowie die nach dem B-GIBG vorgesehenen Kontaktfrauen auch Ansprechpersonen für Bedienstete, die sich der LGBTQIA*-Gemeinschaft zugehörig fühlen und aufgrund der genannten Diskriminierungstatbestände Diskriminierung oder Belästigung erfahren haben.

Zu Frage 4

Wurden in den Jahren 2020-2025 Bedienstete Ihres Ressorts zur Ausübung von Funktionen, Tätigkeiten oder der Teilnahme an LGBTIQ-Projekten bzw. Netzwerken (wie z.B. BunterBund) vollständig oder teilweise freigestellt?

a. Wie hoch waren die jährlichen Gesamtkosten für diese Freistellungen?

Nein.

Zu Frage 5

Wie viele Fälle von Diskriminierung oder Mobbing aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität wurden in Ihrem Ressort in den Jahren 2020 bis 2025 erfasst?

- a. In wie vielen der gemeldeten und als valide erkannten Fälle wurden disziplinarrechtliche oder dienstrechtliche Sanktionen verhängt?*

Keine.

Zu Frage 7

7. Welche LGBTIQ-Schulungen für Bedienstete in Ihrem Ressort wurden in den Jahren 2020 bis 2025 durchgeführt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Thema, Anbieter, Dauer, Kosten und Teilnehmerzahl)

- a. Auf welcher Grundlage wurden der Bedarf und die Notwendigkeit der durchgeführten LGBTIQ-Schulung festgestellt?*

- b. Nach welchen Kriterien wurden mögliche externe Anbieter oder Organisationen für die Schulung ausgewählt?*

- c. Welche Evaluierungen für die Wirksamkeit liegen für diese LGBTIQ Schulungen vor?*

Keine.

Zu Frage 8

Welche weiteren LGBTIQ-bezogenen Maßnahmen wurden in Ihrem Ressort in den Jahren 2020 bis 2025 gesetzt, um die LGBTIQ-Community inhouse zu unterstützen?

- a. Welche budgetären Mittel wurden hierfür jährlich bereitgestellt?*

- b. Welche Evaluierungen liegen für diese Maßnahmen vor?*

Seitens der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen wurden im Zeitraum 2020 bis 2025 keine gesonderten Maßnahmen zur Unterstützung der inhouse LGBTQIA*-Gemeinschaft gesetzt.

Zu Frage 9 und 10

9. Welche LGBTQ-Schulungen für Bedienstete in Ihrem Ressort sind für 2026 und 2027 geplant? (Bitte um Aufschlüsselung nach Thema, Anbieter, Dauer und veranschlagten Kosten)

a. Welche budgetären Mittel sind für die Jahre 2026 und 2027 für diese LGBTQ-Schulungen vorgesehen?

10. Welche weiteren LGBTQ-bezogenen Maßnahmen sind in Ihrem Ressort für die Jahre 2026 und 2027 geplant, um die LGBTQ-Community inhouse zu unterstützen?

a. Welche budgetären Mittel sind hierfür vorgesehen?

Derzeit sind seitens der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen für die Jahre 2026 und 2027 keine konkreten Maßnahmen geplant.

Zu Frage 12 bis 16

12. Welche Vorkehrungen wurden getroffen, um sicherzustellen, dass die LGBTQ-Maßnahmen nicht zu einer Benachteiligung, Stigmatisierung oder Verunsicherung der nicht-LGBTIQ-Beschäftigten führen?

a. Gibt es Erhebungen, die sich durch die Fokussierung auf die LGBTQ Themen nicht repräsentiert fühlen oder die Maßnahmen als Übergriffigkeit oder zusätzlichen administrativen Aufwand empfinden?

13. Welche Maßnahmen bzw. Projekte mit LGBTQ-Bezug wurden in der zurückliegenden Gesetzgebungsperiode (23.10.2019 -23.10.2024) in welcher Höhe gefördert?

a. Wann wurde die Förderung beantragt?

b. Von wem wurde die Förderung beantragt?

i. Wurde die statuten-/satzungsmäßige Unterzeichnung des Antrags überprüft?

c. Wann wurde die Förderung genehmigt?

d. Auf Basis welcher gesetzlichen Grundlagen wurde die Förderung aus Bundesmitteln gewährt?

i. Kamen auch Sonderrichtlinien zur Anwendung? (Bitte um Angabe welche)

e. Erfolgte die Genehmigung vorbehaltlich bestimmter Auflagen?

i. Wenn ja, mit welchen?

ii. Wenn nein, warum nicht?

f. Wurden Förderentscheidung und Volumen öffentlich bekanntgemacht?

g. Wie wurde die richtige Verwendung der Mittel durch Ihr Ressort kontrolliert?

i. Wann?

ii. Mit welchem Ergebnis?

iii. Wenn keine Kontrolle erfolgte, warum nicht?

h. Gab es regelmäßige Berichte oder Evaluierungen zum Erfolg der geförderten Maßnahme?

i. In welcher Höhe wurden für die Maßnahmen bzw. Projekte Eigenleistungen durch die jeweiligen Förderempfänger erbracht?

14. Welche Maßnahmen bzw. Projekte mit LGBTIQ-Bezug wurden in dieser Gesetzgebungsperiode (ab 24.10.2024) bislang in welcher Höhe gefördert?

a. Wann wurde die Förderung beantragt?

b. Von wem wurde die Förderung beantragt?

i. Wurde die statuten-/satzungsmäßige Unterzeichnung des Antrags überprüft?

c. Wann wurde die Förderung genehmigt?

d. Auf Basis welcher gesetzlichen Grundlagen wurde die Förderung aus Bundesmitteln gewährt?

i. Kamen auch Sonderrichtlinien zur Anwendung? (Bitte um Angabe welche)

e. Erfolgte die Genehmigung vorbehaltlich bestimmter Auflagen?

i. Wenn ja, mit welchen?

ii. Wenn nein, warum nicht?

f. Wurden Förderentscheidung und Volumen öffentlich bekanntgemacht?

g. Wie wurde die richtige Verwendung der Mittel durch Ihr Ressort kontrolliert?

i. Wann?

ii. Mit welchem Ergebnis?

iii. Wenn keine Kontrolle erfolgte, warum nicht?

h. Gab es regelmäßige Berichte oder Evaluierungen zum Erfolg der geförderten Maßnahme?

i. In welcher Höhe wurden für die Maßnahmen bzw. Projekte Eigenleistungen durch die jeweiligen Förderempfänger erbracht?

15. Für welche Leistungen/zu welchem Zweck und in welcher Höhe wurden in der zurückliegenden Gesetzgebungsperiode (23.10.2019 - 23.10.2024) Werk- bzw. Dienstleistungsverträge mit LGBTIQ-Bezug abgeschlossen?

a. Wann wurde der Vertrag geschlossen?

b. Von wem wurde der Vertragsabschluss initiiert bzw. angebahnt?

c. Welche konkreten Leistungen waren Gegenstand des Werk- bzw. Dienstleistungsvertrag?

d. Wurde der Vertrag im Zeitraum adaptiert bzw. angepasst?

i. Wenn ja, wann?

ii. Wenn ja, mit welchen Inhalten/Änderungen?

e. Wurde die Vertragserfüllung durch die jeweiligen Vertragspartner durch Ihr Ressort kontrolliert?

i. Wenn ja, wann?

ii. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

iii. Wenn nein, warum nicht?

16. Für welche Leistungen/zu welchem Zweck und in welcher Höhe wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode (ab 24.10.2024) Werk- bzw. Dienstleistungsverträge mit LGBTIQ-Bezug abgeschlossen?

a. Wann wurde der Vertrag geschlossen?

b. Von wem wurde der Vertragsabschluss initiiert bzw. angebahnt?

c. Welche konkreten Leistungen waren Gegenstand des Werk- bzw. Dienstleistungsvertrag?

d. Wurde der Vertrag seitdem adaptiert bzw. angepasst?

i. Wenn ja, wann?

ii. Wenn ja, mit welchen Inhalten/Änderungen?

e. Wurde die Vertragserfüllung durch die jeweiligen Vertragspartner durch

Ihr Ressort kontrolliert?

i. Wenn ja, wann?

ii. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

iii. Wenn nein, warum nicht?

Keine.

Zu Frage 17

An welchen Veranstaltungen innerhalb Ihres Zuständigkeitsbereichs nahmen Vertreter von NGOs mit LGBTIQ-Bezug seit dem 24.10.2024 teil?

Es nahmen keine Vertreter von NGOs mit LGBTIQ-Bezug an Veranstaltungen in meinem Zuständigkeitsbereich teil.

Der Bundesminister:

Dr. Markus Marterbauer

Elektronisch gefertigt

